



Soziale Selektivität in der Bildung - kein politisches Problem?

Wolf Linder¹

Abstract: As in many other European countries, voter turnout in Switzerland has not increased despite increasing levels of education among the voting population, and differences in participation between the highest and the lowest educated have even grown (Armingeon and Schädel 2015). This contribution starts with the question: How do educational differences in Switzerland come about? An overview of the current state of research shows that family background – not school performance – explains a significant part of educational success. Yet, these effects of social selectivity contradict equal opportunity, leading to a sub-optimal selection of specialists and academically qualified within economy and society. In addition, it compromises social mobility. A principal question hence arises: Why does politics react much less to this challenge than to the promotion of skill potentials of other societal groups, for example those of women or youth in rural areas? Answers are sought on the basis of four hypotheses. Possible consequences for economy, society, community and democracy are discussed in the last section.

1 Einleitung

Von politischen Krisen sprechen wir meist im Zusammenhang mit plötzlichen Ereignissen wie etwa dem Brexit, die zu einer disruptiven Entwicklung führen. Angenommen wird dabei, dass die Stabilität von Institutionen oder eines Regimes gefährdet ist oder dass die gewohnten Politikprozesse nicht mehr fortsetzbar sind wie bisher. Die Vergangenheit belehrt uns, dass Krisenereignisse nicht selten überschätzt werden. Umgekehrt gibt es aber auch Entwicklungen, die zwar nicht auf der Agenda des „Krisendiskurses“ erscheinen, längerfristig aber nachhaltige disruptive Wirkungen entfalten könnten. Dazu zähle ich die Problematik sozial ungleicher politischer Partizipation in der Demokratie. Die demokratische Verfassung verspricht jeder Bürgerin und jedem Bürger die gleiche und freie Teilnahme an den Geschäften der *res publica*. Und doch gehört es zum Makel oder gar Geburtsfehler jeder realen Demokratie, dass dieses Versprechen nur teilweise eingelöst wird. In ihrem Aufsatz *Social Inequality in Political Participation: The Dark Sides of Individualisation* haben sich Klaus Armingeon und Lisa Schädel (2015) mit einem wichtigen Teilaspekt dieses Problems beschäftigt. Sie stellen nämlich die Frage, wie weit ein gestiegenes Bildungsniveau die soziale Ungleichheit der Wahlbeteiligung zu vermindern mag. Der theoretische Ausgangspunkt ist klar: Bildung gilt als

¹ Universität Bern
wolf.linder@ipw.unibe.ch

eine wichtige Individualressource politischer Partizipation. Wer über mehr Bildung verfügt, hat bessere Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren, Informationen über politische Ereignisse einzuordnen, diese in Beziehung zu eigenen Interessen und Werten zu setzen und daraus eine schlüssige Entscheidung in Wahlen und Abstimmungen zu treffen. In den vergangenen Jahrzehnten ist das Bildungsniveau in den meisten OECD-Ländern beträchtlich gestiegen; entsprechend wäre nun auch eine höhere Wahlbeteiligung zu erwarten. Bekannt ist nun allerdings, dass die Wahlbeteiligung in den meisten Ländern eher sinkt. Was sind die Gründe für dieses scheinbare Paradox?

Das Hauptargument liegt nach Armingeon und Schädel in der sozialen Stratifizierung durch Bildung: In den untersuchten Ländern ist die Beteiligung an den nationalen Wahlen zwischen 1956 und 2009 bei der Hälfte der Bürgerinnen und Bürgern mit dem tiefsten Bildungsniveau gesunken, während sie bei der Hälfte der Schicht der Bestausgebildeten angestiegen ist. Als Grund für diese Ungleichentwicklung wird die Individualisierung angeführt. Soziale Integration durch Berufs- und Interessengruppen haben nachgelassen, viele spezifische Milieus und ihre soziale Kontrolle sind verschwunden. Davon sind Bildungsschichten unterschiedlich betroffen. Untere Bildungsschichten sind stärker auf verlässliche Parolen und Schlagworte aus ihren Referenzgruppen angewiesen. Weil ihre mobilisierende Wirkung nachgelassen hat, nehmen die untersten Bildungsschichten weniger teil. Von diesem Effekt der Individualisierung ist die Schicht Bestausgebildeter weniger betroffen; bei ihnen spielt eher der erwartete positive Effekt des Bildungsniveaus auf die Wahlbeteiligung.

Diese theoretischen Zusammenhänge werden an acht westeuropäischen Ländern (Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden und der Schweiz) näher untersucht und durch die empirischen Ergebnisse weitgehend bestätigt. Zwei der Befunde seien hier hervorgehoben. Erstens wird der Faktor Bildung generell wichtiger für Teilnahmebereitschaft der Bürgerschaft. Zweitens wirken sich Unterschiede des Bildungsniveaus asymmetrisch aus: Bildungsunterschichten sind benachteiligt. Sie partizipieren – mit dem verminderten Einfluss sozialer Bindungen und geringerem Vertrauen in nahestehende Organisationen – tatsächlich weniger an politischen Wahlen. Und diese Unterschiede nehmen zu: Die Bürgerschaft zerfällt zunehmend in einen höher gebildeten aktiven Teil, und jenen schwächer gebildeten Teil, der die gesellschaftliche Individualisierung nicht mit eigenen Bildungsressourcen zu kompensieren vermag.

2 Relevanz des Themas für die schweizerische Demokratie

Es bedarf keines ausführlichen Nachweises, dass diese Befunde für die schweizerische Demokratie überaus relevant sind. Zunächst fügt sich das schweizerische Politiksystem in jene Länder ein, deren politische Partizipation von Mitte des 20. Jahrhunderts bis Ende der 1970er Jahre zunächst deutlich gesunken ist. Seither bewegt sich die Teilnahme an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen auf einer Bandbreite von 40-50 Prozent einer Legislatur. Damit

liegt das Partizipationsniveau erheblich unter demjenigen anderer Länder. Überzeugende Erklärungen dafür gibt es nicht (Blais 2014). In einer Kombination der „low salience“- und der „Überforderungsthese“ lässt sich zwar spekulieren, dass sich Abstimmungs- und Wahldemokratie konkurrenzieren: Bei Wahlen sagt sich der zögerliche Bürger: „Wahlen verändern nichts, Abstimmungen sind wichtiger“, bei Abstimmungen dagegen: „Das verstehe ich nicht, ich gehe lieber wählen“ – und bleibt beides Mal zuhause. Einleuchtender ist die These der hohen Belastung der Stimmbürgerschaft in der halbdirekten Demokratie: Über 30 und mehr Volksentscheide und Wahlgänge pro Jahr können in einzelnen Gemeinden und Kantonen zusammenkommen, über die neben den Vorlagen des Bundes zu befinden ist. Das setzt eine erhebliche politische Aufmerksamkeit und die Mitwirkungsbereitschaft in verschiedensten Themen voraus. Dies zeigt etwa Burger (2018), der alle Urnengänge und Versammlungen in der Berner Gemeinde Bolligen von 1983 bis 2018 auflistet und kommentiert, was dabei den Bürgerinnen und Bürgern zur Entscheidung aufgetragen war. Sodann bedeutet eine Beteiligung von 50 Prozent keinesfalls, dass die Hälfte der Bürgerschaft passiv ist. Denn der Großteil der Bürgerschaft stimmt und wählt „à la carte“, nimmt also selektiv teil (Sciarini et al. 2015; Dermont 2016). Eine Beteiligung von 50 Prozent ließe im obigen Fall die Annahme zu, dass eine „durchschnittliche“ Stimmbürgerin an jedem zweiten Urnengang teilnahm und sich dabei neben der Teilnahme an Wahlen immerhin mit bis zu 15 Abstimmungsvorlagen auseinandersetzte. Es ist eine Frage des „halbleeren“ oder „halbvollen“ Glases, wie man eine solche Stimm- und Wahlbeteiligung beurteilt. Aber: Je tiefer das Partizipationsniveau, desto mehr muss mit Unterschieden der Beteiligung einzelner Gruppen sozialer Schichten gerechnet werden. Entscheidend sind daher qualitative Fragen der Partizipation: Welche Segmente der Stimmbürgerschaft nehmen teil, und welche Gruppen fühlen sich fähig und interessiert an der Abstimmungsdemokratie, die höhere Anforderungen stellt als die Wahldemokratie?

Spätestens hier kommt die Frage der Bildung ins Spiel. Der von Armingeon und Schädel angeführte Zusammenhang trifft offenbar auch auf die Schweiz zu: Die Wahlbeteiligung ist gesunken oder zumindest nicht gestiegen, obwohl sich das Bildungsniveau stark angehoben hat. Die „asymmetrische“ Wirkung der Individualisierung macht sich in der Schweiz stärker bemerkbar als anderswo; der Unterschied der Wahlbeteiligung zwischen den obersten und untersten Bildungsschichten ist grösser als in den übrigen sieben untersuchten Ländern. Ähnliche Zusammenhänge finden sich in der Abstimmungsdemokratie. Am wenigsten scheint dies für die Versammlungsdemokratie der Gemeinden zu gelten, wo nicht die Bildungs- und Einkommensunterschiede, sondern die geringere Beteiligung der Frauen auffallen (Stadelmann und Dermont 2015). Deutlich sind die Effekte bei den eidgenössischen Abstimmungen. Wie die VOX-Analysen zeigen, nehmen untere Bildungsschichten erheblich weniger daran teil als gut Ausgebildete. Hinzu kommt die Überforderung durch die Komplexität der Abstimmungsvorlagen. Wie Kriesi (2005, 115-117) gezeigt hat, sind untere Bildungsschichten stärker überfordert damit, politische Information mit ihren eigenen Interessen zu verbinden und bekunden darum geringere Motivation zur Teilnahme. Sie schließen sich, so Kriesi,

gewissermaßen in „Selbstzensur“ von der Abstimmungsdemokratie aus. Damit aber rückt die Frage nach den Bildungsunterschieden ins Zentrum: Wie kommen sie zustande?

3 Bildung und soziale Ungleichheit

Bildung liegt in der gemeinsamen Zuständigkeit von Bund und Kantonen. Die Bundesverfassung verlangt die „rechtliche und tatsächliche Gleichstellung“ ausdrücklich auch für die Bildung (BV Art. 8,3); Bund und Kantone sorgen gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine „hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz“ und setzen sich dafür ein, „dass allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden“ (BV Art. 61a). Diese normativen Vorgaben verlangen nicht die Gleichheit im Sinne eines individuellen Rechtsanspruchs auf „gleiche Bildung“, sondern dass jedes Kind bei Schulbeginn wie bei späteren Bildungsübergängen ungeachtet seiner Herkunft die gleichen Startchancen hat. Doch Bildung bleibt trotz postulierter „Chancengerechtigkeit“ ein System der Auslese, denn das Bildungssystem ist ein Selektionssystem, das Leistung auf allen Stufen verlangt und bewertet und dabei jene ausliest, die den größeren Anforderungen höherer Stufen gewachsen sind. Damit regelt das Bildungssystem nicht nur den individuellen Zugang zu funktionalen Eliten, sondern legitimiert Bildungsunterschiede als Grundlage sozialer Schichtung. Wie in allen Ländern beeinflusst das Ausmaß an Bildung die wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Lebenschancen des Individuums in vielfältiger Weise (Hadjar und Becker 2009). Akademiker haben Chancen auf höheren Lohn, mehr berufliche Optionen, höheres Sozialprestige, sind körperlicher Belastung weniger ausgesetzt und haben Aussicht für ein längeres Leben als beispielsweise Buschauffeure. Nicht nur die Tatsache sozialer Schichtung, sondern auch die damit verbundenen sozialen Ungleichheiten werden nicht zuletzt deshalb hingenommen, weil sie sich als Leistungsausweis von Bildung und Ausbildung präsentieren und legitimieren. Insofern ist das Bildungssystem – soziologisch betrachtet – ambivalent: Es vermittelt allen Menschen Grundausrüstungen und Fähigkeiten, um die notwendigen Berufs- und weitere Lebenschancen zu erlangen, aber es weist diese Lebens- und Berufschancen ungleich zu, indem es nach Leistung selektioniert.

Bildungspolitik und Gesellschaft sorgen dafür, dass die Folgen unterschiedlicher Bildungsausweise in der Schweiz nicht allzu einschneidend sind. Das gilt vor allem hinsichtlich akademischer und nicht-akademischer Berufe. Die Berufsausbildung – einst auf der Abschlusliste jener, die eine starke Akademisierung wie in Frankreich forderten - genießt heute hohes Ansehen auch im Ausland; gegen 90 Prozent eines Jahrgangs bringen eine begonnene Berufsausbildung erfolgreich zum Abschluss (SKBF 2018, 130). Gute Berufsausbildung, so Strahm (2014), ist nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Österreich, Deutschland und Dänemark ein wichtiger Faktor für die geringe Jugendarbeitslosigkeit dieser Länder. Die Berufsmatura korrigiert frühes Ausscheiden aus der Hochschulbildung; sie und die höhere

Berufsbildung geben Zugang zur Fachhochschule, die - anders als die universitäre Hochschule – einen starken Praxisbezug ausweisen soll. Die schweizerische Unternehmenskultur unterscheidet wenig zwischen Akademikern und Nichtakademikern; erwartet wird vielmehr, dass diese gemeinsam und auf Augenhöhe ihre Aufgaben lösen. Über Aufstieg und Karrieren entschieden – wenigstens bislang – eher die praktische Leistung im Beruf als Diplome. Schließlich ist die Lohnspreizung zwischen akademischen und nicht-akademischen Berufen relativ gering: Die „Bildungsrendite“ ist im internationalen Vergleich eher bescheiden (Wolter und Weber 2003; SKBF 2018, 313). Das alles tangiert das Prinzip der Selektion nicht, aber es mildert die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der schulischen Selektion im Bildungssystem.

4 Soziale Selektivität

1964 monierte der sog. „Labhart Bericht“ zur Bundeshilfe für die kantonalen Universitäten zwei große Defizite des schweizerischen Hochschulsystems: Erstens sei die höhere Bildung gegenüber der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Rückstand geraten. Die Hochschulen müssten stark ausgebaut werden, um dem Bedarf der Wirtschaft an akademischen Fachkräften zu genügen. Zweitens gebe es drei große Gruppen, deren Leistungspotential offensichtlich nicht ausgeschöpft werde: Die Frauen, die Landjugend und die Jugendlichen aus bildungsfernen Familien seien an Hochschulen deutlich untervertreten. Der Bericht – benannt nach dem Präsidenten der eidgenössischen Expertenkommission – löste die schweizerische „Bildungsrevolution“ aus: Im Sinne der besseren Ausschöpfung des Potentials der Begabten engagierte sich nun der Bund neben dem Ausbau der ETH Zürich und Lausanne in der Förderung der kantonalen Universitäten. Die Kantone ihrerseits bauten die Mittelschulen nach Kräften aus. Die Anstrengungen zahlten sich aus: Maturandenquoten und die Zahl der Studierenden vervierfachten sich seit Mitte der 1960er Jahre.

Der Bericht zeigte damit aber auch, dass der Zugang zum höheren Bildungssystem nicht durchwegs aufgrund von Leistungskriterien, sondern aufgrund sozialer Selektivität erfolgte. Soziale Selektivität bedeutet, dass Individuen an den Auswahlhürden des Bildungssystems nicht wegen geringerer individueller Leistungsfähigkeit scheitern, sondern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe und wegen ihrer sozialen Lage. Für zwei der damals stark benachteiligten Gruppen wurde die Förderpolitik von Bund und Kantonen zum Erfolg. Den jungen Frauen gereichte zum Vorteil, dass die Gleichstellungspolitik mindestens seit den 1980er Jahren weit oben auf der politischen Agenda stand. Im Zuge allmählicher gesellschaftlicher und politischer Gleichstellung schwanden auch die Vorurteile gegen die qualifizierte Bildung und berufliche Tätigkeit der Frau. In vielen Kantonen stellen junge Frauen heute die Mehrheit der Maturitätsabschlüsse (Zangger und Becker 2016). Auch gesamtschweizerisch übertrifft die Maturitätsquote der Frauen (23,7%) diejenige der Männer (15,7%) (SKBF 2018, 140). Die Dezentralisierung der Mittelschulen und die Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs trugen dazu bei, wenigstens die äußeren Hindernisse zu überwinden,

welche die Jugendlichen vom Land und aus peripheren Gebieten einst davon abgehalten hatten, die Mittelschule zu besuchen. Zwar gibt es nach wie vor erhebliche kantonale Unterschiede der Maturitätsquoten, Fachleute führen sie aber auf andere Gründe als die periphere Lage zurück (SKBF 2018, 141-142). Für die dritte Gruppe – die Jugendlichen aus bildungsfernem Elternhaus – änderte sich freilich kaum etwas. Anders als junge Frauen und die Landjugend profitierten sie wenig vom starken Ausbau der höheren Bildung in der Schweiz. Zahlreiche Untersuchungen (z.B. Buchmann et al. 2016; Becker 2010; im internationalen Vergleich: Shavit et al. 2007) belegen es zweifelsfrei: Jugendliche aus bildungsfernen Schichten sind nach wie vor stark benachteiligt. Bei vergleichbarer, starker Leistungsfähigkeit gelangen heute sechs von zehn Akademikerkindern zum Maturitätsabschluss, bei den Arbeiterkindern sind es bloß zwei (Becker 2018, 15). Trotz der Expansion des Bildungssystems und trotz gesteigerter Bildungsbeteiligung hat die soziale Selektivität für Jugendliche aus bildungsfernen Schichten in den letzten Jahrzehnten nicht abgenommen (Shavit et al. 2007). Und es wäre falsch, diese Benachteiligung nur bezüglich des Zugangs zur Maturität zu vermuten. Studien zeigen soziale Selektivität als einen iterativen Prozess, der schon bei Schuleintritt beginnt und sich kumulativ in jeder Selektionsstufe des Bildungssystems fortsetzt (Triventi et al. 2016).

Diese und weitere Befunde zur sozialen Selektivität lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1) Das Bildungssystem funktioniert für Wirtschaft und Gesellschaft suboptimal, soweit es vorhandene Potentiale nicht ausschöpft.
- 2) Soziale Selektivität steht im Gegensatz zum Postulat der Chancengerechtigkeit und hat zur Folge, dass nicht die eigene Leistung, sondern das Bildungsniveau der Eltern den Bildungserfolg bestimmt. Das bedeutet einerseits, dass die individuellen Lebenschancen der Jugendlichen aus unteren Bildungsschichten beeinträchtigt, und andererseits, dass Funktionseleiten nicht durchwegs mit den Leistungsfähigsten besetzt sind.
- 3) Soziale Selektivität bringt eine teilweise Abschließung des Bildungssystems und eine Privilegierung, die sich selbst reproduziert: Die Chancen höhere Bildung sind grösser für jene, deren Eltern bereits höhere Bildung genossen. Das beeinträchtigt die soziale Mobilität in der Gesellschaft.

5 Das partielle Politikversagen gegenüber sozialer Selektivität: Hypothesen zu seiner Erklärung

Soziale Selektivität, so müssen wir annehmen, hat nachteilige Folgen nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für Wirtschaft und Gesellschaft. Hinzu kommt, wenn wir uns die Befunde von Armingeon und Schädel ansehen, die Beschädigung der Grundlagen der Demokratie: Ungeachtet möglicher Auswirkungen auf die Wahl- und Abstimmungsergebnisse trägt soziale Selektivität zur faktischen Erschwerung politischer Teilnahme bildungsschwacher

Schichten bei. Die Norm gleicher und voraussetzungsloser Teilnahme an der Demokratie wird nicht eingelöst.

Angesichts dieser Folgen wäre anzunehmen, dass Politik alle Anstrengungen unternimmt um jede soziale Selektivität des Bildungssystems und seine Folgen zu vermindern. Diese Annahme hat sich auch bestätigt hinsichtlich zwei der betroffenen Gruppen, nämlich der Frauen und der Landjugend. In scharfem Kontrast stehen dazu die fehlenden institutionellen Initiativen für Schüler und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten. Wenn deren Benachteiligung über die letzten Jahrzehnte kaum abgenommen hat, so liegt das nicht zuletzt daran, dass dieses Problem im Gegensatz zur Gender- Thematik politisch kaum wahrgenommen, thematisiert oder institutionell behandelt wird. Während die meisten Parteiprogramme der Frauenförderung das Wort reden, findet sich kaum eines, das Maßnahmen gegen die Benachteiligung bildungsferner Schichten fordert. Parlamentarische Initiativen bei Kantonen und Bund zum Thema haben Seltenheitswert.

Es gibt Ausnahmen: Die Frühförderung von Kindern sowie von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gehört in Teilen der Romandie zum Kern kantonaler Bildungspolitik. Auch einige Deutschschweizer Kantone räumen diesen Handlungsfeldern inzwischen erhöhte Aufmerksamkeit zu. Damit wird die strukturelle Benachteiligung bildungsferner Schichten indirekt angegangen (Burger 2017; kritisch Stamm und Viehhäuser 2009).

In jüngster Zeit finden die zahlreichen wissenschaftlichen Forschungsbeiträge zur sozialen Selektion größere politische Beachtung. So erwähnt der Bildungsbericht 2018, erstellt im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Bildungsdirektoren und dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, die fehlende „Equity“ des höheren Bildungssystems und ihre Folgen: Problematisch sei, wenn die geringere Neigung von Unterschichtskindern zum Besuch des Gymnasiums damit zusammenhänge, dass ihre Eltern befürchten, die finanziellen Aufwendungen dafür nicht tragen zu können. Und ebenso sei problematisch, wenn „die nicht ‚besetzten‘ Plätze der Jugendlichen aus benachteiligten Familien von jenen aus privilegierten Familien eingenommen würden, obschon diese Schülerinnen und Schüler nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügen“ (SKBF 2018, 159). Der Schweizerische Wissenschaftsrat erarbeitete 2018 auf der Grundlage eines Expertenberichts (Becker und Schoch 2018) eine eigene Stellungnahme zur sozialen Selektivität. Er empfiehlt dem Bundesrat, die soziale Selektivität in der kommenden Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation als eine der Herausforderungen des Bundes zu erklären (SWR 2018).

Das ändert nichts daran, dass die institutionelle Politik von Bund und Kantonen der Benachteiligung unterer Bildungsschichten, ihren Gründen und möglichen Gegenmaßnahmen bis in die jüngste Vergangenheit geringe Aufmerksamkeit und geringes Interesse entgegenbrachte. Was waren die Gründe dafür? Gibt es politologische Antworten dafür? Die Frage ist meines Wissens noch nie empirisch untersucht worden. So muss ich mich mit einigen

Hypothesen und ihrer Begründung begnügen. Ihre Basis ist der Vergleich mit der Gruppe der Frauen und der Landjugend.

Erste Hypothese: Die Ursachen sozialer Selektion sind komplex; der Erfolg von Maßnahmen ist ungewiss oder kontrovers

Die Benachteiligung unterer Schichten hat komplexe Ursachen. An erster Stelle steht das Elternhaus. Sozial privilegierte Kinder bringen beim Schuleintritt mehr Vorwissen sowie kognitive, sprachliche und soziale Kompetenzen mit, haben also von allem Anfang an größere Startchancen: Nicht Intelligenz als solche, sondern das Aufwachsen in einem günstigeren Sozialisationskontext führen dazu (Becker und Schoch 2018; Stamm und Viehhäuser 2009). Die geringeren Startchancen wirken sich sodann in jedem einzelnen Übergang zu den Sekundarstufen bis hin zum Hochschulzugang kumulativ als klare soziale Selektivität aus: Leistungsgleiche Jugendliche aus bildungsfernen Schichten werden durch ihre Eltern weniger für höhere Bildung motiviert, aber auch durch Lehrende eher in die berufspraktische Bildung empfohlen (Hofstetter 2017). Diese und weitere Ursachen sind der direkten Beeinflussung durch bildungspolitische Maßnahmen nicht zugänglich. So etwa können der familiäre Kontext von Kindern oder der Migrationshintergrund Jugendlicher nicht beeinflusst, sondern deren Nachteile bestenfalls durch Frühförderung kompensiert werden. Einige strukturelle Maßnahmen des Bildungssystems – so die frühe Einschulung sowie auch wenige und späte Selektionsstufen – scheinen sich über die Westschweiz hinaus zu bewähren (Felouzis und Charmillot 2017), stoßen aber in einigen Deutschschweizer Kantonen auf politischen Widerstand und werden kontrovers beurteilt.

So erweist sich die Verminderung sozialer Selektivität bildungspolitisch als ein domänenreiches Problem – weit schwieriger als die Förderung junger Frauen oder von Jugendlichen aus peripheren Gebieten. Zudem kann man annehmen, dass die Förderung von Frauen und der Landjugend vor allem das Potential aus jener bildungsfreundlichen Mittelschicht erreichten, welche in ihren Studienwünschen von zuhause unterstützt wurden. Hier konnten einfache Maßnahmen (Dezentralisierung der Mittelschulen für Jugendliche aus peripheren Gebieten) und gesellschaftlicher Wandel (Frauen) sowie die starke Bildungsexpansion (für beide) nachhaltige Wirkung erzielen.

Zweite Hypothese: Die Gruppe der bildungsfernen Schichten ist äußerst heterogen. Sie ist – im Sinne der Theorie kollektiven Handelns von Mancur Olson – politisch wenig organisationsfähig.

In der politischen Auseinandersetzung um kollektive Güter – und Bildung ist eines davon – setzt sich durch, wer seine Interessen zu organisieren weiß und in Verhandlungen eine Leistung verweigern kann (Olson 2004). Beschränken wir uns im Folgenden auf die Frage nach der potentiellen Organisationsfähigkeit des Interesses der drei Gruppen, mithilfe politischer Parteien besseren Zugang zur höheren Bildung zu erlangen. Eines wird sofort ersichtlich: Die Landjugend hatte die besten Karten. Das Interesse für den dezentralen Ausbau von

Mittelschulen ging weit über die Bildungsbetroffenen hinaus, denn neue Mittelschulen, verteilt über das ganze Kantonsgebiet, bedeuteten eine generelle Aufwertung der jeweiligen Standorte und wurden wesentlich kantonal finanziert. Die Projekte konnten darum auch von einem Großteil der Stimmbürgerschaft sowie von den Politikern der bisher benachteiligten Landregionen unterstützt werden. Auch die bildungspolitische Förderung von Frauen brauchte keine organisatorische Sonderleistung: Selbst konservative Parteien mochten sich spätestens nach Annahme gesellschaftlicher Gleichstellung in der Bundesverfassung und der späten aber durchgreifenden Anpassung der gesamten Gesetzgebung der Frauenförderung im Bildungsbereich kaum entziehen. Nachdem Frauen heute die Mehrheit der Maturitätsabschlüsse stellen, konzentrieren sich die Bemühungen zu ihrer Gleichstellung vor allem auf die Nachwuchsförderung an den Hochschulen sowie darauf, mehr junge Frauen für die Naturwissenschaften oder die MINT-Fächer zu gewinnen. Dieses Anliegen wird nicht zuletzt von Wirtschafts- und Berufsorganisationen getragen.

Die schlechtesten Karten hatten und haben die Gruppe der Kinder bildungsferner Schichten, wie ein Blick auf aktuelle Parteiprogramme und Positionspapiere nahelegt. Das Programm der SVP 2015 kennt das Problem nicht; das aktuelle Positionspapier der FdP (o.J.) tritt ein für (formale) Chancengleichheit und soziale Mobilität, hält diese aber dank Stipendien im schweizerischen Bildungssystem für realisiert. Das Parteiprogramm der CVP von 2014 thematisiert immerhin die Frühförderung und die Sprachförderung von Ausländerinnen und Ausländerinnen zur Eingliederung in die Schule. Direkten Bezug auf die soziale Selektivität nehmen einzig die Bildungsthesen 2006 der SPS: „Die Bildungschancen eines Kindes sind stark abhängig von der Bildung sowie dem sozialen und ökonomischen Status der Eltern. Ungünstige familiäre Voraussetzungen werden nur ungenügend ausgeglichen“.

Als Grund für die geringe Wahrnehmung sozialer Selektivität durch die politischen Parteien muss vermutet werden, dass ein Engagement in diesem Thema geringe Chancen bietet, die Wählerbasis zu verbreitern. Solche Überlegungen gelten auch für die Pol-Parteien: Die Wählerschaft der SP, überdurchschnittlich ausgebildet, steht zwar positiv zu bildungspolitischen Offensiven. Die Partei hat aber große Teile der bildungsfernen Schichten längst verloren. Sie müsste diese wieder zur Wahl der SP überhaupt motivieren, bevor sie hoffen könnte, mit der Forderung nach besseren Bildungschancen für Benachteiligte an Wählergunst zu gewinnen. Die SVP, die heute am ehesten die bildungsfernen Schichten vertritt, wird sich an der sozialen Selektivität wenig stoßen – einerseits, weil das Gewerbe Vorteile daraus zieht, dass kluge Köpfe vermehrt die Berufsausbildung wählen, andererseits, weil sie sich explizit gegen eine „Akademisierung“ des Landes stellt.

Wie aber verhält es sich mit den Eltern bildungsferner Schichten? Zwar gibt es zahlreiche „Elternlobbies“. Mir sind aber keine Organisationen bildungsferner Kreise bekannt, die sich für bessere Chancen ihrer Nachkommen einsetzen würden. Angesichts der heterogenen Interessen dieser Gruppe ist dies auch nicht zu erwarten. Soweit es Schweizer Angehörige betrifft, muss von der Annahme ausgegangen werden, dass diese selbst eine weiterführende Bildung nicht als

primäres Ziel für ihre Nachkommen sehen. Untersuchungen belegen, dass bildungsferne Eltern der höheren Bildung ihrer Kinder skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen und damit selbst als eine wesentliche Ursache für die soziale Selektion gelten. Das mag auch bei einem Teil der Secondos und Ausländer der Fall sein. Bei einem anderen Teil dagegen trifft gerade das Gegenteil zu. Aufstiegsorientierte Einwanderer, welche die großen Chancen der Berufsbildung oft wenig kennen, setzen wie die Mehrheit der schweizerischen Mittelschicht alles daran, dass ihre Jungen einen akademischen Bildungsabschluss erlangen. Das schlägt sich auch in Statistiken nieder: Einzelne Migrantengruppen der zweiten Generation beginnen häufiger ein Studium an einer Hochschule als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dieser Teil mit Bildungsaspirationen entstammt freilich, wie bei den Einheimischen, Familien mit höherer Bildung und günstigen Ressourcen (Griga 2014).

Dritte Hypothese: Für die wenigsten Akteure des Bildungssystems ist ein genuines Eigeninteresse an der Bildungsförderung unterer sozialer Schichten auszumachen. Es sind darum vornehmlich Pädagogen mit intrinsischer Motivation, die sich dafür einsetzen.

Nach dem gängigen Theorem der ökonomischen Rational-Choice-Theorie handeln politische Akteure eigennützig. Letztere postuliert die Maxime eigennützig Handelns nicht nur für Regierungen und Parlamentarier, sondern auch für die Verwaltung und ihr Personal. Würde sie stimmen, wären die Gründe des Nicht-Handelns in der Frage sozialer Selektivität rasch erklärt: Die leitenden Angehörigen der Bildungsverwaltung gehören in ihrer Mehrzahl der oberen Mittelschicht an und haben kein Interesse daran, die Bildungsprivilegien ihrer eigenen Kinder durch vermehrte Konkurrenz aus bildungsfernen Schichten zu beeinträchtigen. Eigeninteresse kann aber auch andere Gründe haben und sich, weit subtiler, auch als Reaktion auf sozialen Druck herausstellen. Hofstetter (2017) beschreibt typische Mechanismen sozialer Selektion an der Schule. Sorgfältig illustriert er unter anderem die Entscheidung zum Übertritt in die Sekundarstufe. Dazu als Kontrastbeispiel zwei Schüler aus dem Bildungs- und dem Arbeitermilieu, die sich beide im gleichen Graubereich des Leistungsniveaus befinden: Entscheidet die Lehrkraft im Sinne der Gleichbehandlung negativ für beide Fälle, so wird sie die Entscheidung beim Schüler aus dem Bildungsmilieu sehr viel genauer begründen müssen. Zu erwarten ist nämlich, dass bildungsbeflissene Eltern alles daransetzen, die negative Empfehlung in Frage zu stellen. Empfiehlt die Lehrkraft dagegen - im Sinne sozialer Gleichbehandlung - neben dem gutsituierten auch den Schüler aus bildungsfernen Schichten für die höhere Stufe, so wird sie Mühe haben, dessen Eltern zu überzeugen und deren Unterstützung zu gewinnen. Die Gleichbehandlung bei gleicher Leistung aber ungleicher sozialer Herkunft ist also für die Lehrkraft die aufwändigste Entscheidung und kann ihr gar zum Nachteil gereichen. Aus Gründen extrinsischer Motivation - also des erwarteten Nutzens - ist Gleichbehandlung nicht unbedingt zu erwarten.

Die Erklärungskraft des Rational-Choice-Ansatzes hat freilich ihre Grenzen: Im Berufsleben vermag die intrinsische Motivation – neben der Freude am Beruf z. B. ein soziales Engagement

oder berufsethische Überzeugungen – eine bedeutende Rolle zu spielen. So sind es heute vor allem Teile der Lehrkräfte auf allen Stufen, die sich mit dem Problem sozialer Selektivität beschäftigen. Dazu finden sich Dutzende von organisierten Aktivitäten an Primar- und Sekundarstufen sowie in der Berufslehre. Lehrkräfte engagieren sich für die zusätzliche Aufgabe, begabte, aber sprachlich oder sozial benachteiligte junge Leute zu motivieren und zu fördern, um kritische Selektionsstufen erfolgreich zu meistern (Becker und Schoch 2018). Solche Initiativen basieren auf freiwilliger Tätigkeit und werden von den Schulbehörden teilweise unterstützt. Die Reichweite dieser Initiativen indessen ist gering; überlokale Vernetzungen fehlen zumeist. Aber sie bringen einen experimentellen Boden, der für breiter abgestützte institutionelle Maßnahmen genutzt werden könnte.

Vierte Hypothese: Für die institutionelle Politik ist die Benachteiligung unterer Schichten nahezu ein „non-issue“ – ausnahmsweise aber beobachtbar.

Nicht alle Probleme gelangen in die Arena institutioneller Politik, denn eine ihrer Kernaufgaben besteht just darin, auszuwählen, womit sie sich beschäftigen kann und will, und womit gerade nicht. Bachrach und Baratz (1964) interpretierten die „non issues“ und „non-decisions“ – also die von der Politik nicht aufgenommenen Themen – als Erste im Sinne einer Herrschaftskritik: Es sei nämlich möglich und wahrscheinlich, dass einflussreiche Akteure gerade jene Probleme aus der politischen Agenda heraushielten, die sich nicht in das vorherrschende Meinungsspektrum und seine Interessen einfügten und damit unerwünscht seien. Wenn Politik umgekehrt vornehmlich jene Themen zur Sprache bringe, die mit den vorherrschenden Interessen und Meinungen übereinstimmten, so sei dies ein „mobilisation bias“ und eine besondere Art politischer Machtausübung. Nach Lukes (1974), der die Thesen von Bachrach und Baratz weiterführt, kommt es dabei auf die bewusste Intention der Akteure nicht an; politische Akteure sind Teil der Gesellschaftsstruktur, die gewisse Werte und Interessen selektiv bevorzugt oder zurückweist, noch bevor diese zu Denk- oder Sprechverboten führen. Lukes geht so weit zu sagen, dass dies „die effektivste und tückischste Ausübung von Macht ist, um das Entstehen von Konflikten von vorne herein zu verhindern.“ (Lukes 1974, 23).

Dieser herrschaftssoziologische Ansatz ist nicht nur inhaltlich, sondern auch in methodologischer Hinsicht provokativ. Denn er behauptet, dass die empirisch-analytische Forschung – die sich auf beobachtbare Ereignisse stützt – wesentliche Teile politischer Machtbildung und Machtausübung übersehe, da sie „non issues“ und „non-decisions“ mit ihren Methoden nicht erfasse. Das wiederum ist wohl ein wichtiger Grund, warum die Arbeiten von Bachrach und Baratz und Lukes in der Folge wenig beachtet blieben, weil ihre theoretischen Behauptungen nach dem Selbstverständnis empirisch-analytischer Forschung nicht direkt beweisbar oder widerlegbar galten.

Immerhin können „non issues“ indirekt – nämlich durch die Methoden des Vergleichs und aufgrund historischer Längsschnitte – ein Stück weit und indirekt plausibel gemacht werden. Eine gewisse Plausibilität scheint mir nun für das Thema der Benachteiligung unterer Schichten durchaus gegeben zu sein: Unabweisbar ist, dass das Problem systemischer Benachteiligung im

Vergleichsfall der Frauen und der Landjugend zu Beginn der schweizerischen Bildungsrevolution in den 1960er Jahren relativ schnell entdeckt und politischer Intervention zugeführt wurde, während die Benachteiligung der bildungsfernen Schichten – trotz des Labhart-Berichts von 1964 – erst heute beginnt, politisch zum Thema zu werden. Aber auch anekdotisches Wissen zur Einstellung politischer Akteure stützt die Vermutung eines „non-issue“: Bildungsforscher und Praktiker, die sich mit dem Thema sozialer Selektivität befassen, erfahren von Politikern nicht selten eine Abweisung ihrer Fragestellung – unter Hinweis auf die scheinbare Chancengleichheit, die Offenheit des Bildungssystems, die Traversen zwischen verschiedenen Bildungsgängen oder die Stipendien der öffentlichen Hand. Das gleiche gilt für Bildungsunterschiede insgesamt. Wird etwa die Bildungsferne der billigen und ungelerten Einwanderer ins Visier genommen, so werden die Bildungskosten ihrer Integration sowohl von linker wie von rechter Seite ungerne thematisiert – aus unterschiedlichen Motiven freilich.

6 Chancengerechtigkeit und Demokratie

Die Frage, welche der vier Hypothesen am meisten zur Erklärung des Nicht-Handelns der institutionellen Politik beiträgt, kann offenbleiben; sie zeigen aber die Vielfalt möglicher Hindernisse, die sich der Bildungsförderung sozial benachteiligter Schichten entgegenstellen. Es muss also damit gerechnet werden, dass das Ziel, die soziale Selektivität des Bildungssystems zu verringern, auch weiterhin keine große Unterstützung durch die institutionelle Politik erfährt. Es lohnt sich deshalb, über die möglichen Folgen des Handelns wie auch des Nicht-Handelns nachzudenken. Ich komme damit auf die Fragestellung des Verhältnisses von Bildung und Demokratie zurück, die Armingeon und Schädel aufgebracht haben. Ich führe sie weiter – nicht im Sinne empirischer Untersuchung, aber als Diskussion möglicher Folgen – etwas, das zum Mandat einer kritischen Politikwissenschaft gehört.

6.1 Nicht-Handeln

Kaum je diskutiert werden die Auswirkungen sozialer Selektivität auf Demokratie und Gesellschaft. Das ist verwunderlich, obwohl Dahrendorf bereits 1964 darauf aufmerksam gemacht hat. Ausbildungschancen und Ausbildungserfolg aufgrund der Herkunft perpetuieren sich und vermindern die soziale Mobilität. Eine zunehmende Stratifizierung und Schließung der Gesellschaft nach Herkunft wäre für die Demokratie auch in der Schweiz in doppelter Hinsicht von Belang. Erstens sind hierzulande die von Armingeon und Schädel vorgefundenen Beteiligungsunterschiede zwischen obersten und untersten Bildungsschichten an Wahlgängen die höchsten der untersuchten Länder und könnten – ceteris paribus – noch zunehmen. Zweitens bildet die Gruppe mit der geringsten formalen Bildung auch jene soziale Schicht, welche die derzeitige Globalisierung nicht als Chance, sondern als Bedrohung empfindet. Wirtschaftliche Unsicherheit, Verlust an sozialer Anerkennung und sonstige soziale Benachteiligung sind aber

nicht nur der Boden für Stimm- und Wahlabstinenz. Vielmehr könnten sie, so die Befürchtung, ein Potential unberechenbarer Urnengänger bilden, wenn sie denn teilnehmen.

Die naheliegende Vermutung, dass dabei in der Abstimmungsdemokratie mit einem größeren Einfluss populistischer Politik zu rechnen wäre, ist jedoch aus mehreren Gründen wenig plausibel. Erstens ist Populismus, soweit man davon sprechen kann, in der Schweiz vorwiegend eingebunden in die national-konservative Partei der SVP. Diese stimmt zwar in ihrer Rhetorik und in ihren Positionen vielfach überein mit ausländischen Beispielen und mobilisiert die Schicht der schwach Gebildeten, soweit diese populistischer Rhetorik zugänglich sind, aber die SVP ist zugleich Regierungspartei. Ähnlich wie die linke Polpartei SPS nutzt sie ihre Doppelrolle als Oppositions- und Regierungspartei und hätte, genauso wie die SPS, aus einer Aufkündigung der politischen Konkordanz keine Vorteile zu erwarten. Zweitens ist für die Ergebnisse der Abstimmungsdemokratie primär das Verhalten der Parteien insgesamt relevant. Denn sie sind es, welche mehr als alle anderen Akteure die Stimmbürgerschaft mobilisieren, und ihre Positionen und Parolen, so Kriesi (2005), haben den stärksten Einfluss auf das Stimmverhalten. Nun haben im Zuge politischer Polarisierung die Parteibindungen der schweizerischen Wählerschaft in den Jahren 2005 bis 2015 zugenommen (Longchamp 2016).

Eine wichtige theoretische Annahme von Armingeon und Schädel zur „dunklen Seite des Individualismus“, nämlich die geringere Bindungs- und Orientierungskraft der Parteien, kann für die Schweiz also nicht ohne weiteres übernommen werden. Das Ausmaß populistischer Politik wird also in der Abstimmungsdemokratie nicht zuletzt durch die Parteien selbst bestimmt. Aufschlussreich dazu die Aussage von Christoph Blocher nach der Niederlage der SVP-Selbstbestimmungsinitiative: „Ich habe noch nie zuerst nach dem Puls des Volkes gefragt, bevor ich eine Volksinitiative gemacht habe. Es ist umgekehrt: Man muss eine Initiative lancieren, weil man sie richtig findet, und erst dann das Volk davon überzeugen“ (2018). Wenn nun- drittens- aufgrund unerwarteter Erfolge mehrerer SVP-Volksinitiativen gegen das gesamte „Establishment“ einen Vormarsch populistischer Politik erwarten, so sollte man dabei nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Populismus fällt nicht vom Himmel, sondern sammelt seit jeher die Verlierer wirtschaftlich-sozialer Entwicklung, heute zumeist jene der Globalisierung. Er ist darum, wenn wir Manows (2018) Politischer Ökonomie des Populismus folgen, nicht einfach der Aufstand Frustrierter gegen Modernisierung, sondern hat seine länder- und regionalspezifischen wirtschaftlichen Gründe. In der Schweiz sind es vor allem die Einwanderung und der liberalisierte Arbeitsmarkt, die untere Schichten und schlecht Ausgebildete zu Verlierern machen. Wer die Erfolge der SVP auf diesen Politikfeldern schlicht dem Populismus zurechnet, verwechselt möglicherweise Ursache und Wirkung: Erst die jahrelange Bestreitung der sozialen und wirtschaftlichen Nachteile der Einwanderung und liberalisierter Arbeitsmärkte durch Bundesrat und Parlament haben den Boden für den Erfolg populistischer SVP-Politik bereitet.

Wie weit nun beeinflusst soziale Selektivität generell das Ergebnis des Urnengangs? Eine Untersuchung mit gepoolten Daten aus VOX-Analysen der Abstimmungen 2011 bis 2015 (Longchamp 2016) gibt nähere Aufschlüsse zum Einfluss des Bildungsniveaus auf das Abstimmungsverhalten. Der in unserem Zusammenhang wichtigste Befund betrifft abgelehnte Vorlagen, also obligatorische und fakultative Referenden. Die sozioökonomischen Variablen - Einkommen und Bildung - erweisen sich beide als relevant hinsichtlich des Stimmenscheides zu abgelehnten Verfassungs- und Gesetzesvorlagen. Dieser Schichtungseffekt gilt vor allem bezüglich der Bildung: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit tiefer Schulbildung haben Referenden deutlicher verworfen als die Gruppen mittlerer oder hoher Schulbildung. Am deutlichsten zeigt sich der Effekt bei den abgelehnten Verfassungsabstimmungen, wenn die Opposition aus dem Rechtslager kommt. Diese Vorlagen erhielten von unteren und mittleren Bildungsschichten lediglich 29 bzw. 38 Prozent Zustimmung, während die oberste Bildungsschicht mehrheitlich, nämlich zu 55 Prozent, mit „Ja“ stimmte. Es sind die tiefen und mittleren Bildungsschichten, welche die Ablehnung dieser Verfassungsvorlagen teilweise gegen die Mehrheit der obersten Bildungsschicht herbeiführten (Longchamp 2016, 36).

Der bekannte Befund konstant tieferer Stimmbeteiligung bildungsferner Schichten ist also zu ergänzen: Dieser Teil der Wählerschaft trägt mehr als diejenige der Bildungsbegünstigten zur Ablehnung von Verfassungs- und Gesetzesreferenden bei, und zwar unabhängig davon, ob die Opposition von links oder rechts kommt.

Muss also damit gerechnet werden, dass bei einer stärkeren Beteiligung unterer sozialer Schichten mehr Behördenvorlagen abgelehnt werden? Dramatische Extrapolationen sind fehl am Platz. So hat Lutz (2006, 2007) zwar schon früher gezeigt, dass einzelne Abstimmungen bei einer geringeren Stimmbeteiligung nicht abgelehnt, sondern angenommen worden wären. Das prominente Beispiel des abgelehnten EWR-Vertrags 1992 kann allerdings nicht verallgemeinert werden. Insgesamt verändert das Niveau der Stimmbeteiligung die Ergebnisse einer Abstimmung kaum, und die Folge einer schwächeren Beteiligung der wenig Informierten, der sog. „class bias“, geht keinesfalls immer zu Lasten der sozial Schwächeren. Das mag freilich mit günstigen institutionell-politischen Konstellationen zusammenhängen, wie sie in anderen Ländern weniger gegeben sind. Nicht nur die bereits erwähnten Parteibindungen, sondern auch das Regierungsvertrauen sind in diesem Jahrzehnt keineswegs geschwunden, sondern haben signifikant zugenommen (Longchamp 2016). Parteien vermitteln der Stimmbürgerschaft nach wie vor glaubwürdige „cues“ – Schlagworte also, die mangelndes eigenes Wissen in der Sachfrage durch Vertrauen in die Parole einer Partei kompensieren. Schließlich gibt es keine Anzeichen dafür, dass Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Zuge der Polarisierung hiezulande zu „Wutbürgern“ werden, die, emotional getrieben, gegen ihre eigenen Präferenzen stimmen und damit irrational handeln (Golder 2014).

Kehren wir von der Output- zur Input-Seite zurück, also zur Frage der Partizipation. Wenn die Orientierungskraft der politischen Parteien für ihre Wählerschaft angeblich weniger gelitten hat als anderswo, so werfen die dunklen Seiten der Individualisierung, wie sie Armingeon und

Schädel für die Erschwerung politischer Partizipation der unteren Bildungsschichten anführen, in der Schweiz weniger lange Schatten.

Allerdings ist dies keine tröstliche Nachricht, wenn wir das reale Ausmaß sozialer Selektivität des Urnengangs in der Schweiz betrachten: Die unteren Bildungsschichten partizipieren in unserem Land nicht nur geringfügig, sondern massiv weniger als die oberen Bildungsschichten. Das gilt sowohl für Wahlen, vor allem aber für Abstimmungen, in denen Bildungsferne manchmal nur halb so stark partizipieren wie die Gruppe der Bildungsbürger. Der Widerspruch zwischen der ungebrochen hohen Wertschätzung der Volksrechte und der realen Demokratie als Mittelschichts-Demokratie ist unübersehbar. In normativer Hinsicht ist das unbefriedigend, und in der Realität eine schwache Garantie politischer Stabilität, die bisher als Kennzeichen des schweizerischen Systems gilt.

Was also sind die Folgen, wenn soziale Selektivität für die Politik nach wie vor ein non-issue verbleibt? Für das Politiksystem selbst mag es einerseits beruhigend erscheinen, dass die Ergebnisse der Abstimmungsdemokratie von der Absenz unterer Schichten nicht allzu stark beeinflusst werden, und dass Befürchtungen über einen zunehmenden Populismus von Wutbürgern kaum begründet sind. Andererseits ist ernsthaft zu bedenken, dass mit einer unverändert hohen Absenz unterer Einkommens- und Bildungsschichten die Mittelschichtdemokratie eines Tages auch als solche erkannt und wahrgenommen wird. Demokratie verlöre dann ihre wichtigste Legitimationsgrundlage: Die Sache aller Bürgerinnen und Bürger zu sein.

6.2 Handeln

Die ökonomischen Nachteile sozialer Selektivität habe ich vorne aufgeführt; mit deren Fortbestand, ja sogar ihrer Verschärfung muss gerechnet werden. Im stärkeren Wettbewerb, dem die Wirtschaft im Zuge der Globalisierung ausgesetzt ist, kann sich die Schweiz Ausbildungsdefizite aufgrund sozialer Selektion weniger leisten. Umgekehrt wird es wichtiger, dass die „Leistungseliten“ im privaten wie im öffentlichen Sektor von den Fähigsten ihres Aufgaben- und Berufsbereichs besetzt werden. Die Einrichtung der Berufsmatura könnte eine gewisse Öffnung des Systems der tertiären Bildung bewirken. Gleichzeitig aber bewerben sich im Zuge der Angleichung von universitären und Fachhochschule mehr Absolventen des Gymnasiums direkt oder nach einigen Uni-Semestern an die Fachhochschulen und verdrängen dort Bewerber mit qualifizierter Berufsausbildung. Stipendien gelten zwar als Instrument der Förderung wirtschaftlich Schwächerer. Übersehen wird dabei aber zumeist, dass sie gerade jenen nicht zugutekommen, die sie am meisten benötigen würden, nämlich jenen Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten, die schon vor der Mittelschule von der sozialen Selektion betroffen sind.

Das alles sind gute Gründe für bildungspolitisches Handeln. Wer aus Gründen der Chancengerechtigkeit oder aus wirtschaftlichen Gründen die Verringerung sozialer Selektivität

verlangt, begegnet aber zunächst einem ernst zu nehmenden Einwand: Das bestehende duale System bringe die optimale Chancengerechtigkeit bereits hervor. Denn die Berufsausbildung sei gleichwertig wie die akademische Ausbildung, was sich auch in deren hoher Qualität, Wertschätzung und geringer Lohndifferenz ausdrücke. Jugendliche aus bildungsfernen Schichten seien also durch die soziale Selektion später auf dem Arbeitsmarkt nicht benachteiligt. Die Beseitigung sozialer Selektion dagegen gefährde das duale System sowie die Gleichwertigkeit der Berufsausbildung und führe in eine Akademisierung, welche auf dem Arbeitsmarkt unerwünscht sei.

Wer trotzdem soziale Selektivität beseitigen will, muss klarstellen, dass damit weder eine Bildungsexpansion noch eine „Akademisierung“ anstrebt wird. Beide helfen nach ausländischer Erfahrung den bildungsfernen Schichten gerade nicht. Es geht nur um das, was unter meritorischen Gesichtspunkten als „faire Chance“ angesehen wird: gleiche Startchancen und Offenheit der Ergebnisse. Diese wirken in zwei Richtungen. In der einen bezwecken sie weniger „Ablenkung“ von Bildungsfernen, die ihr Potential auf dem akademischen Berufsweg besser zu entfalten vermögen. In der anderen Richtung können jene Jugendlichen aus sozial privilegierten Schichten, denen eine berufspraktische Ausbildung eher entsprechen würde, unbefangener und früher identifiziert werden. Eine sozial „blinde“ Zuweisung in akademische und berufspraktische Bildungswege, die es gestattet, andersartige Leistung und Begabung adäquat zu berücksichtigen, müsste eigentlich für beide Teile Vorteile bieten. Denn einerseits ist jede Diskriminierung mit gesellschaftlichen Reibungen und Kosten verbunden. Andererseits zeigen ausländische Studien, wie wichtig die kreative Zusammenarbeit akademischer und nichtakademischer Berufe für den industriellen Wertschöpfungsprozess ist: Wird Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse oder sozialer Herkunft vermieden, könnte die Innovationsrate vervielfacht werden (Foray 2018).

Direkte und kurzfristige Effekte für die Demokratie wären von einer Bildungspolitik größerer Chancengerechtigkeit freilich nicht zu erwarten. Es wäre naiv, etwa auf eine höhere oder sozial weniger einseitige Stimm- und Wahlbeteiligung zu hoffen. Solche und weitere staatspolitische Anliegen wären wohl besser aufgehoben in der politischen Bildung (Koller 2016). Diese aber bleibt in vielen Kantonen und im Lehrplan 21 sträflich vernachlässigt und muss vom freiwilligen Engagement der Lehrkräfte leben. Jedoch könnte eine Bildungspolitik, die auf größere Chancengerechtigkeit abzielt, längerfristig jene gesellschaftliche Segregation vermeiden, die aus dem Bildungsprivileg des sozialen Aufstiegs durch das Elternhaus entsteht und damit die soziale Mobilität und Durchlässigkeit erschwert. Dies wäre zwar keine hinreichende aber notwendige Bedingung, um die Kluft zwischen der realen Mittelschichtdemokratie und dem normativen Modell der chancengleichen Teilnahme an der Politik zu verkleinern.

Literaturverzeichnis

- Armingeon, Klaus und Lisa Schädel. 2015. "Social Inequality in Political Participation: The Dark Sides of Individualisation." *West European Politics* 38 (1): 1-27.
- Bachrach, Peter und Morton S. Baratz. 1962. "Two Faces of Power." *American Political Science Review* 56 (4): 947-952.
- Becker, Rolf und Schoch, Jürg. 2018. *Soziale Selektivität*. Expertenbericht im Auftrag des Schweizerischen Wissenschaftsrats, Bern: SWIR.
- Blais, André. 2014. "Why is Turnout so Low in Switzerland? Comparing the Attitudes of Swiss and German Citizens towards Electoral Democracy." *Swiss Political Science Review* 20 (4): 520-528.
- Blocher, Christoph. 2018. "Das Zuwanderungsproblem ist doch nicht gelöst." *Der Bund*, 26 November 2018. <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/das-zuwanderungsproblem-ist-doch-nicht-geloest/story/14300744>
- Buchmann, Marlis, Irene Kriesi, Maarten Koomen, Christian Imdorf und Ariane Basler. 2016. "Differentiation in Secondary Education and Inequality in Educational Opportunities: The Case of Switzerland." In *Models of Secondary Education and Social Inequality*, herausgegeben von H.-P. Blossfeld, S. Buchholz, J. Skopek und M. Triventi, 111–128. Cheltenham: Edward Elgar.
- Burger, Rudolf. 2018. *Stimmbeteiligung in Bolligen in den 35 Jahren der Selbständigkeit*. Bolligen: Gemeinde.
- Burger, Kaspar, Sascha Neumann und Katrin Brandenburg. 2017. *Studien zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Schweiz*. Zürich: Jacobs Foundation. https://jacobsfoundation.org/app/uploads/2017/07/JF_Whitepaper_FBBE_kurz_deu-1.pdf
- Dahrendorf, Ralf. 1964. "Arbeiterkinder an unseren Universitäten." *Die Zeit*, Ausgabe 26 vom 26. Juni, 1964.
- Dermont Claude. 2016. "Taking Turns at the Ballot Box: Selective Participation as a New Perspective on Low Turnout." *Swiss Political Science Review* 22 (2): 213-231.
- Foray, Dominique. 2018. "Entrepreneurship and Innovation in the Disruption Age: The Three Dimensions of a Public Policy." www.blog.wissenschafts-rat.ch. 8 Januar 2018. <https://blog.wissenschafts-rat.ch/entrepreneurship-and-innovation-in-the-disruption-age/>
- Felouzis, Georges und Samuel Charmillot. 2017. "Les inégalités scolaires en Suisse." *Social Change in Switzerland* 2017 (8): 1-13.
- Golder, Lukas. 2014. *Keine Angst vor Emotionen - in der direkten Demokratie überwiegen Argumente*. GfS Bern.
- Griga, Dorit. 2014. "Participation in Higher Education of Youths with a Migrant Background in Switzerland." *Swiss Journal of Sociology* 40 (3): 379-400.
- Hadjar, Andreas und Rolf Becker (Hrsg.). 2009. *Expected and Unexpected Consequences of the Educational Expansion in Europe and the US: Theoretical Approaches and Empirical Findings in Comparative Perspective*, 377–416. Bern: Haupt.
- Hofstetter, Daniel. 2017. *Die schulische Selektion als soziale Praxis. Aushandlungen von Bildungsentscheidungen beim Übergang von der Primarschule in die Sekundarstufe I*. Weinheim: Beltz.
- Koller, Daniela. 2016. "Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz." PhD diss., Universität Bern.
- Kriesi, Hanspeter. 2005. *Direct Democratic Choice: The Swiss Experience*. Lanham: Lexington Books.
- Labhardt. 1964. *Bericht Labhardt zur Bundeshilfe für die kantonalen Universitäten*. Bern.
- Lukes, Steven. 1974. *Power: A Radical View*, London: Macmillan.
- Lutz, Georg. 2006. *Participation, Information and Democracy: The Consequences of Low Levels of Participation and Information for the Functioning of Democracy*. Hamburg: Lit-Verlag.
- Lutz, Georg. 2007. "The Consequences of Low Turnout in Direct Democracy." *Electoral Studies* 26 (3): 612-623.
- Longchamp, Claude, Martina Mousson, Stephan Tschöpe, Johanna Lea Schwab, Sabrina Schüpbach, und Alexander Frind (2016). *VOX Trend Legislaturbericht 2011-2015*. Bern: GfS.
- Manow, Philip. 2018. *Die politische Ökonomie des Populismus*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Sciarini, Pascal, Fabio Cappelletti, Andreas C. Goldberg und Simon Lanz. 2015. "The Underexplored Species: Selective Participation in Direct Democratic Votes." *Swiss Political Science Review* 22 (1): 75-94.
- SKBF. 2018. *Bildungsbericht Schweiz 2018*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle Für Bildungsforschung.
- SWR. 2018. Schweizerischer Wissenschaftsrat. *Soziale Selektivität. Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrats*. Bern: SWIR.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle und Clau Dermont. 2015. "How Exclusive is Assembly Democracy? Citizens' Assembly and Ballot Participation Compared." *Swiss Political Science Review* 22 (1): 95-122.
- Stamm Margrit und Martin Viehhäuser. 2009. "Frühkindliche Bildung und soziale Ungleichheit. Analysen und Perspektiven zum chancenausgleichenden Charakter frühkindlicher Bildungsangebote." *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 29 (4): 403-418.
- Strahm, Rudolf. 2014. *Die Akademisierungsfalle*. Bern: hep.

- Olson, Mancur. 2004. *Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. 5. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Triventi, Moris, Nevena Kulic, Jan Skopek und Hans-Peter Blossfeld. 2016. "Secondary School Systems and Inequality of Educational Opportunity in Contemporary Societies." In *Models of Secondary Education and Social Inequality* herausgegeben von Hans-Peter Blossfeld, Sandra Buchholz, Jan Skopek und Moris Triventi, 3–24. Cheltenham: Edward Elgar.
- Wolter, Stefan, C. und Bernhard Weber. 2003. "Welche Löhne und Bildungsrenditen erwarten Studierende an Schweizer Hochschulen?" In *Hochschulökonomie – Analysen interner Steuerungsprobleme und gesamtwirtschaftliche Effekte Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 296*, herausgegeben von Uschi Backes-Gellner und Corinna Schmidtke, 145 – 161. Berlin: Duncker und Humblot.
- Zanger, Christoph und Becker Rolf. 2016. "Die Bildungsexpansion in der Schweiz – eine Realanalyse unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bildungschancen." *Swiss Journal of Sociology* 42 (3): 429-441.